

Frank Furedi

# Barack Obama und die Lebensstilpolitik



Im US-Wahlkampf hat das liberale Lager den Kampf um viele Wähler erst gar nicht aufgenommen. Lieber versucht man, die Haltungen und Vorurteile der eigenen Unterstützer zu bestärken – indem man „den anderen“ mit nichts als Verachtung begegnet. Von Frank Furedi

Der bislang eindrucklichste Moment im US-Wahlkampf war „Bittergate“. Der Ausdruck bezieht sich auf eine Rede, die Barack Obama am 6. April 2008 in San Francisco hielt. Darin ging er auf seine Schwierigkeiten ein, bei den Vorwahlen in Pennsylvania die Stimmen weißer Arbeiter zu gewinnen. Er sagte: „Es überrascht nicht, dass sie verbittert sind, dass sie sich an Schusswaffen und Religion festklammern und Ressentiments gegen andere, gegen Einwanderer, gegen freien Handel haben. So verleihen sie ihrer Frustration Ausdruck.“ Diese beiläufige Bemerkung über Provinzler drückt sehr genau aus, wo sich heute in den USA die Geister scheiden. Obama ist ein Liberaler, ein Demokrat; seine Gegner sind Republikaner und Traditionalisten. Er ist tolerant und aufgeklärt; sie sind verbittert.

Wenn ich in den USA unterwegs bin, fällt mir immer wieder auf, wie viele Menschen dort, ohne irgendwie darüber nachzudenken, die Ansichten, Wert- und Glaubensvorstellungen ihrer Mitbürger in Bausch und Bogen verdammen. Das öffentliche Leben in den USA scheint mir von solchen Haltungen ganz und gar durchdrungen. Nicht wenige Amerikaner nehmen ihren Lebensstil so wichtig, dass sie sich mit anderen gar nicht erst auseinandersetzen mögen. Besonders verblüfft mich die Wortwahl von ansonsten gebildeten, klugen und vernünftigen Menschen, wenn die Rede auf Otto Normalbürger kommt. In der Regel werden all diejenigen, die man der religiösen Rechten zuordnet, pauschal als Einfaltspinsel und Dummköpfe denunziert. Geht es um Themen wie Abtreibung oder das Recht, Waffen zu tragen, scheint es keine Argumente, sondern nur Polemik zu geben. Man gewinnt den Eindruck, dass sich die liberale Elite in ihrer Identität und ihrem Lebensstil bedroht sieht, wenn andere bei Fragen zu Klimawandel, Abtreibung oder Einwanderung die Dinge nicht so sehen wie sie. Bedauerlicherweise werden solche Auseinandersetzungen fast nur noch auf der Ebene persönlicher Anfeindungen geführt. Die Art, in der Barack Obama über die Arbeiter in den alten Schwerindustrien redete, machte deutlich, dass sie für ihn ein anderes moralisches Universum bewohnen als

die, zu denen er in San Francisco sprach. Für Obama stehen Verbitterung, fundamentalistischer Glaube, Waffenbesitz und Fremdenfeindlichkeit allesamt für „das andere“, für das, was wir in Europa als „die kleinen Leute“ bezeichnen. Ein wesentlicher Teil der kulturellen Elite der USA teilt diese verzerrte Sicht der amerikanischen Provinz. Auf die spießigen, rückständigen kleinen Leute mit ihren antiquierten Einstellungen blicken sie verächtlich herab. Was Barack Obama am 6. April sagte – und die Reaktionen auf diese Äußerung –, zeigt, wie sehr sich die Öffentlichkeit in den USA polarisiert hat. Das Ergebnis der Vorwahlen in Pennsylvania (Hillary Clinton erhielt 51 Prozent, Barack Obama 41 Prozent der Stimmen) belegt, dass ein beträchtlicher Teil der Wähler solche Äußerungen als persönliche Beleidigung versteht.

Historisch gab es in der US-Politik häufig schroffe Gegensätze: Nord- und Südstaaten, Schwarze und Weiße, Protestanten und Katholiken. Diese Gegensätze haben heute an Bedeutung verloren oder sich mit den Gegensätzen zwischen demokratischen und republikanischen Bundesstaaten vermischt. Entsprechend wurde die tiefe Kluft, die es vormals zwischen Norden und Süden gab, weitgehend nivelliert. Neuere Untersuchungen zeigen, dass sich die Wertvorstellungen schwarzer US-Amerikaner stark ausdifferenzieren. Eine Studie des Pew Research Center kam unlängst zu dem Ergebnis, dass sowohl schwarze als auch weiße US-Bürger heute davon ausgehen, dass sich in den letzten Jahren ihre Wertvorstellungen weitgehend angeglichen haben. Die Unterschiede, auf die es heute ankommt, sind kultureller Natur – unterschiedlichste Kulturen markieren die Fronten. An ihrem Lebensstil sollst du sie erkennen, die eher liberalen, kosmopolitischen Demokraten und die eher traditionsbewussten Hinterwäldler. Dabei handelt es sich jedoch um keine Neuaufgabe der Identitätspolitik, wie sie die Babyboomer der 70er-Jahre vertraten. Heute werden unterschiedliche Lebensstile politisiert. Als George W. Bush 2000 die Präsidentschaftswahlen gewann, wurde zum ersten Mal deutlich, wie groß der Unterschied zwischen liberaler Elite und „Rednecks“ geworden war. Dieser hat sich seither weiter vergrößert. Oberflächlich betrachtet mag es so aussehen, als ob in der Politik noch Kategorien wie Ethnie, Rasse oder Geschlecht entscheidend sind. Manche Beobachter meinen, Klassenzugehörigkeit und wirtschaftlicher Status seien der Grund für die Unterschiede zwischen liberalen und konservativen Bundesstaaten. Bloß wirtschaftlich lässt sich aber die hochemotionale Natur der Angriffe auf diejenigen, von denen die liberale Elite meint, sie seien Bürger mit einer Moral zweiter Klasse, nicht erklären. Mehr und mehr teilen sich die US-Wähler entsprechend ihrer Lebensstile in verfeindete Lager auf. Mit den jeweils anderen will man nichts zu tun haben; man steht ihnen feindlich, verächtlich, bestenfalls gleichgültig gegenüber. Beide Gruppen, so scheint es, leben Lichtjahre voneinander entfernt.

Verschärft hat sich der Gegensatz im Jahr 2004, als angesichts der Wiederwahl von George W. Bush zahlreiche Journalisten die Zurechnungsfähigkeit einer Mehrheit ihrer Mitbürger infrage stellten. In der *Village Voice* schrieb ein Kolumnist, wenigstens die Hälfte der US-Bürger sei „komplett abgestumpft“ und „zutiefst ignorant“. Ein bekannter liberaler Autor erklärte, die meisten US-Bürger seien von Instinkten geleitet; ernsthaft über Politik nachzudenken, könne man ihnen nicht zumuten. Bei diesem Teil der Bevölkerung habe die rechte, emotionale Gehirnhälfte die Kontrolle und nicht die linke, rationale. Vermischen sich Identität und politische Ansichten, wird jede Diskussion über Politik zu einer persönlichen Auseinandersetzung. Wenn öffentliche Angelegenheiten als individuelle Selbstbestätigung oder Kränkung verstanden werden, wird die politische Debatte wirr. Wird der eigene Lebensstil mit moralischer Bedeutung aufgeladen, werden selbst kleine Differenzen entscheidend. Kritisiert man andere dafür, dass sie „Junkfood“ essen oder religiös sind, geht es vor allem darum, sich seiner selbst zu versichern, wobei alle anderen als Bedrohung der eigenen Identität wahrgenommen werden.

In einem Bericht mit dem Titel „The Separate Realities of Bush and Kerry Supporters“ (Die getrennten Wirklichkeiten der Bush- und Kerry-Anhänger) wird behauptet, die Bush-Wähler lebten in einer Scheinwelt, die Kerry-Wähler hingegen in der richtigen Welt.<sup>1</sup> Immer häufiger kommt es vor, dass politische Einstellungen als Charakterzüge beschrieben werden, als Eigenschaften einer Persönlichkeit, die durch Erziehung und andere Faktoren ein für alle Mal dem Individuum aufgeprägt worden sind. Ein typischer Vertreter solcher vulgärpsychologischer Ansätze ist Prof. George Lakoff von der Universität von Kalifornien in Berkeley. Lakoffs vermeintlich tiefe Einblicke in die Psychologie der US-Wähler stellen eine verzerrte Version von Adornos „Autoritärer Persönlichkeit“ dar. Er unterteilt die amerikanischen Wähler in zwei Gruppen – in diejenigen, die sich nach einer strengen Vaterfigur sehnen, und in die, die sich eine fürsorgliche, liebevolle Familie wünschen. Für Lakoff ist der Fall klar: Konservative wünschen sich eine strenge Vaterfigur; ihre autoritären Wertvorstellungen geben bei der Wahl den Ausschlag.<sup>2</sup> Liberale hingegen sind mitfühlend und verantwortungsbewusst – und sie wählen entsprechend anders.<sup>3</sup> Das Wahlverhalten wird in dieser Interpretation zu einem Teil der Persönlichkeit, einem fixen Zug; eine politische Wahl findet nicht statt.

Fragen der persönlichen Identität spielen selbstverständlich auch im öffentlichen Leben eine Rolle. Identitäten sind jedoch alles andere als fix, sie entwickeln sich und wandeln sich gerade dann, wenn Menschen gesellschaftlich aktiv sind. Identität spielt in der Politik heute nicht deshalb eine so große Rolle, weil unsere Erziehung unser Wahlverhalten bestimmt, sondern weil die Lebensstile politisiert worden sind. Fast alle Fragen, an denen sich in der US-Politik die Geister scheiden – Waffenbesitz, Homoehe, Abtreibung,

Frank Furedi

Schulgebet – haben direkt mit persönlicher Identität zu tun. Wenn aber Fragen der Politik zu persönlichen Fragen werden, dann verschärft sich die Art der Auseinandersetzung. In der Folge zerfällt die Gesellschaft mehr und mehr in verfeindete Lager. Im US-Wahlkampf gehen die Kandidaten moralisch auf Abstand zu denen, die sie für „die anderen“ halten, und verhindern so eine politische Auseinandersetzung. Die würde auch wenig Sinn machen, da, so die vorherrschende Ansicht, Identität etwas Fixes ist, das sich durch politische Debatten kaum noch ändern lässt. Die Politik der Wahlfreiheit ist abgelöst worden von Identitätspolitik, und Identität wird heute als zweite Natur verstanden. Die politischen Eliten verstärken diese Entwicklung noch, indem sie in der politischen Auseinandersetzung auf Identitätsthemen setzen.

Im Wahlkampf 2008 setzt sich diese Entwicklung fort. Viele Anhänger von Barack Obama sahen keinen Grund, sich für „Bittergate“ zu entschuldigen – ganz im Gegenteil. Der Fernsehmoderator Jon Stewart sagte: „Diese Leute sind nicht religiös, Waffennarren, ausländerfeindlich, weil es unserer Wirtschaft schlecht geht. Ihre Städte wurde auf diesen Werten aufgebaut.“ Soll heißen: Die Rechten sind so, weil sie so sind und immer schon so waren. Dass und wie Barack Obama den Vorwahlkampf der Demokraten gewonnen hat, zeigt, wie sehr sich die USA verändert haben. Rassenfragen sind bei Weitem nicht mehr so wichtig wie früher. Die Politik von heute findet in einer Gesellschaft statt, die aus hoch individualisierten Lagern, aus sich feindlich gesinnten Kulturen besteht. ■

Aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von Bernd Herrmann.

Frank Furedi ist Professor für Soziologie an der Universität von Kent und Mitbegründer des Manifesto Club ([manifestoclub.com](http://manifestoclub.com)). Zuletzt ist von ihm als Buch erschienen: *Invitation to Terror. The Expanding Empire of the Unknown* (Continuum 2007). Furedis Homepage findet sich unter [frankfuredi.com](http://frankfuredi.com). Dieser Artikel erscheint in Zusammenarbeit mit dem britischen *Novo*-Partnermagazin *Spiked*. In *Novo95* fragte Furedi in seinem Artikel „Missionare ohne Mission“, warum die westliche Öffentlichkeit immer und überall nach Indizien für die Niedertracht des Menschen sucht.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Vgl. Steven Kull: „The Separate Realities of Bush and Kerry Supporters“, The PIPA/Knowledge Networks Poll, University of Maryland, 21.10.04. Ähnlich, aber noch weiter gehend auch in John W. Dean: *Understanding the 2004 Presidential Election*, Common Dreams News Center, 13.4.03.

<sup>2</sup> So Don Hazen, Herausgeber von *Alter Net*, in seiner Einleitung zu George Lakoff: *Don't Think of an Elephant, Know Your Values and Frame the Debate*, 2004.

<sup>3</sup> George Lakoff: *Don't Think of an Elephant, Know Your Values and Frame the Debate*, 2004, S. 11–12.